Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 19

Landesverteidigung

Auf dem letzten Parteitag der SPD in Stuttgart wurde eine „Entschließung zur Wehrpolitik" gefaßt, die mit übergroßer Mehrheit des Parteitages gebilligt wurde. (Nur acht Gegenstimmen und sechs Enthaltungen). Unter E., letzter Absatz, heißt es da:

„Auch ohne den Ausbruch eines atomaren Vernichtungskrieges kann die Bundesrepublik Deutschland Gegenstand örtlicher Übergriffe und Angriffe auf ihr Gebiet werden. Deshalb muß die Bundesrepublik ein angemessenes Verhältnis ihrer eigenen Verteidigungsanstrengungen zu denen ihrer unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zu den deutschen militärischen Kräften auf der anderen Seite der Demarkationslinie einhalten. Für diese Aufgabe eignet sich eine zahlenmäßig begrenzte, dafür aber bewegliche und gut ausgebildete Truppe aus Freiwilligen viel besser, als ein Massenheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrpflicht muß zudem wegen ihrer politischen Auswirkungen im gespaltenen Deutschland abgelehnt werden. Für die Schutzaufgabe darf die Truppe nicht mit jenen Mitteln ausgerüstet werden, welche nicht schützen, sondern nur zerstören könnten: Atomwaffen und Atomraketen. Eine Truppe, die in Umfang und Ausstattung den in dieser Entschließung des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargelegten deutschen Notwendigkeiten angemessen ist, bedarf im Falle eines militärischen Notstandes zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Entlastung. Hierfür wären ortsgebundene Einheiten aus vorweg kurzzeitig auszubildenden Freiwilligen erforderlich. Ihnen obliegt die Sicherung von Wohnplätzen, Verkehrswegen, Industrieanlagen und allen der Vorsorgung der Bevölkerung dienenden Einrichtungen.

Die Sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß eine einer Politik der Entspannung und der friedlichen Wiedervereinigung entsprechende Landesverteidigung, die in der geschilderten Weise reinen Schutzcharakter hat und nicht zu Angriffshandlungen mißbraucht werden kann."

Positiver und vor allen Dingen sauberer kann zu dem Grundsatz einer Landesverteidigung nicht Stellung genommen werden, als es hier in der Entschließung des SPD-Bundesparteitages zum Ausdruck gekommen ist.

Es gehört zu den unwiderlegbaren Tatsachen, daß einst die deutsche Armee, unter dem Kaiserreich, mindestens zu einem Drittel aus Sozialdemokraten bestand und die „vaterlandslosen Gesellen" im ersten Weltkriege nicht die schlechtesten Soldaten abgaben, so lange sie an einen Verteidigungskrieg glauben konnten. Ohne jede Hurra-Stimmung taten diese, in den Militärakten insgeheim mit einem besonderen Kennzeichen gebrandmarkten Männer ihre Pflicht, und es hat manchen politisch-sterilen Vorgesetzten in der damaligen Zeit gegeben, der bekümmert in die Worte ausbrach: „Einer

meiner besten Männer! Wie kann der nur ein Sozi sein? — —" Mancher „militaristische Schreihals" konnte sich vor diesen Männern verstecken, die wegen ihrer Herkunft und Einstellung nie Gelegenheit hatten, die militärische Sprossenleiter zu erklimmen, deshalb der ihnen auferlegten Verteidigungspflicht nüchtern und selbstlos nur in den „unteren Regionen" nachkommen konnten. Saß dort nicht aber in Wirklichkeit die Masse der wahren „Kämpfer ohne Pathos?" Stahlhelmer und Nazis paradierten stets mit ordensgeschmückter Brust; es bleibt jammerschade, daß das Reichsbanner nicht ein einziges Mal von seiner Abneigung des Ordenstragens abgewichen ist, die optische Wirkung wäre gewesen, der Öffentlichkeit zu beweisen, in welchen Reihen mehr Kriegsauszeichnungen vorhanden waren, verliehen an mehrere hunderttausend Männer, die weiterhin „Nie wieder Krieg" als ihre Parole beibehalten hatten. So blieben die Besitzzeugnisse der vielen Tapferkeitsauszeichnungen und die weiteren Beweise erfüllter Pflicht bei der Landesverteidigung leider nur in den Schreibtischen oder Kommoden der R-B-Kameraden, und nur die Karteien in der Organisation wußten außerdem davon, bis sie aus Sicherheitsgründen, als Hitler kam, verbrannt wurden. —

Auf den Hitler-Krieg soll hier insofern nur eingegangen werden, als er für jeden wieder zum Kriegsdienst einberufenen Antifaschisten die größte seelische Belastung bedeutete, die einem Menschen auferlegt werden konnte, nämlich, mit allen Sorgen des Wissenden für eine verlorene Sache mitkämpfen zu müssen. Manch einer zerbrach an dem Zwiespalt seines Gewissens: Hier selbstverständliche Sabotage an verbrecherischen Befehlen, dort Verteidigung des heimatlichen Bodens, besonders in der letzten Kriegszeit, wo der Gegner mit der Forderung bedingungsloser Kapitulation seinen Machtapparat ein- und durchsetzte.

Und wie sieht es heute aus? Langsam, viel zu langsam, beginnen die Wunden, die der zweite Weltkrieg geschlagen hat, zu vernarben. Seine tatsächlichen Folgen werden in Deutschland nie mehr beseitigt werden können. Und trotzdem gibt es anscheinend wieder bei uns genügend Leute, die bedenkenlos genug sind, sich und besonders andere in neue Kriegsabenteuer hineinschlittern zu lassen. Solchen Glücksrittern das Handwerk zu legen, ist das Gebot der Stunde.

Es gibt in den nordischen Ländern eine beachtenswerte Organisation, die sich die Landesverteidigung als Aufgabe der Demokratie gestellt hat. Sie nennt sich: „Volk und Verteidigung".

Der letzte Weltkrieg hatte die beiden Länder Dänemark und Norwegen durch ihre unbewaffnete Neutralität schwer bezahlen lassen. Diese Erfahrungen legten in neuester Zeit die Grundlagen für eine neue Verteidigungs- und Bündnispolitik, wobei es zunächst galt, die geschichtlichen Ressentiments und Hemmungen einer nicht verteidigungsbereiten Vergangenheit zu überwinden. Ähnlich wie wo anders, spielte auch das zwischen dem Militär und der politischen Linken entstandene Mißtrauen eine nicht unbeträchtliche Rolle.

Nachdem auf Grund wiederholt auftretender bedrohlicher Ereignisse allerseits eine Bejahung der Verteidigungsbereitschaft festzustellen war, suchte man nach neuen Methoden zu ihrer Durchführung. In allen drei skandinavischen Ländern fing die politische Linke an, eine wesentliche Rolle bei den Erfordernissen für die Landesverteidigung zu spielen. Als Schweden, bündnisfrei, zur „totalen Verteidigung" übergegangen war, gründeten in Norwegen freie Organisationen 1951 die Vereinigung „Volk und Verteidigung".

In Dänemark und Schweden entstanden mit Unterstützung der Sozialdemokraten, der Arbeiterbewegung und der Jugendbünde ähnliche Organisationen. Ihre Träger sind die freien Gewerkschaften, die Genossenschaften, die politischen Jugendverbände aller demokratischen Parteien, alle wesentlichen Wirtschafts-, Berufs-, Frauen- und Sportvereinigungen,

freiwillige Vereinigungen der Landesverteidigung (Heimwehren) und Hilfsorganisationen, wie das Rote Kreuz. Die demokratischen Parteien — von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten — fördern zwar die Tätigkeit von „Volk und Verteidigung", sind aber als Parteien in der Organisation nicht vertreten. Von militärischer Seite gehören der Organisation die Offiziersvereinigung des Heeres und die Vereinigung wehrpflichtiger Offiziere und Luftwaffenoffiziere an. Die Aufgaben dieser Organisation sind

1. den bestmöglichen guten Kontakt zwischen der bewaffneten Macht und den freien zivilen Organisationen herzustellen;
2. die Verteidigungskraft des Landes durch sachliche Aufklärung über die brennenden Fragen der Landesverteidigung zu stärken;
3. die Verteidigungsentschlossenheit der angeschlossenen Organisationen zu manifestieren;
4. mit Organisationen, die für die Landesverteidigung tätig sind, zusammen zu arbeiten und diese, soweit möglich, zu unterstützen;
5. demokratische Gesinnung sowohl in der bewaffneten Macht als auch im Volke zu fördern.

„Volk und Verteidigung" in Norwegen hält mit den gleichgerichteten Organisationen in Dänemark und Schweden planmäßig engen Kontakt — allerdings! —, ebenfalls mit der 1955 gegründeten Norwegischen Atlantischen Gesellschaft dem NATO - Hauptquartier (IAPE) in Paris und dem NATO-Kommando-Nord in Kolsaas.

(Besonders dieser letzten Kontakte wegen dürfte es wohl für uns Deutsche eine Unmöglichkeit sein, die Tätigkeit von „Volk und Verteidigung" in Bausch und Bogen auch für unser Land zu übernehmen.)

Die Finanzierung der Organisation, die keine Institution der Regierung ist, erfolgt zwar in erster Linie durch einen jährlich vom Parlament zu bewilligenden Zuschuß der Regierung, jedoch nicht unwesentlich auch durch die relativ geringen, nach Mitgliederzahl gestaffelten Beiträge der angeschlossenen Vereinigungen.

Die notwendige Aufklärung der Bevölkerung über die Wehr- und Verteidigungsfragen erfolgt durch den Pressedienst der Organisation. Durch Vorträge, Broschüren, Filme, Ausstellungen und Besuche militärischer Übungen und Einrichtungen werden Kenntnisse über die bewaffnete Macht und ihre Aufgaben sowie über die Fragen der wehrpolitischen Stellung des Landes der ganzen Bevölkerung zugänglich gemacht. Konferenzen, auf denen sich Sprecher der politischen Führung, der Streitkräfte und der freien Organisationen zu eingehender Aussprache treffen, helfen ein Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und der Verteidigungsorganisation des Landes herzustellen. An solchen Konferenzen nahmen als Vortragende teil u. a. die Oberkommandierenden des Heeres, der Luftwaffe, der Zivilverteidigung verantwortliche Politiker, leitende Beamte, führende Gewerkschaftler, die Vorstände der großen Wirtschaftsverbände, Offiziere, Unteroffiziere und selbst Mannschaftsdienstgrade aus Heer, Marine und Luftwaffe.

Viele Mißverständnisse — u. a. die auch in Norwegen lebendige Sorge, die bewaffnete Macht sei oder könne ein Staat im Staate werden — konnten, so wurde uns berichtet, ausgeräumt und Reibungen überwunden werden. Die Tatsache, daß der frühere Vorsitzende der norwegischen sozialistischen Arbeiterjugend, Gunnar Sand, Generalsekretär von „Volk und Verteidigung" ist, dürfte allerdings als Ausdruck eines neuen Klimas in allen Verteidigungsfragen des Landes zu werten sein.

In Dänemark und Schweden liegen die Verhältnisse ähnlich, obgleich sich Organisation und Aufbau der entsprechenden Vereinigungen jeweils den nationalen Gegebenheiten und Erfordernissen anzupassen hatten.

Diese positiven Erfahrungen in den skandinavischen Ländern waren vor

einiger Zeit Anlaß, zu prüfen, ob das skandinavische Beispiel „Volk und Verteidigung" ganz oder teilweise auch auf die Bundesrepublik Deutschland angewendet werden kann. Die Initiative hierzu soll von sozialdemokratischer Seite ausgegangen sein. In mehreren Besprechungen berichteten Besucher aus Norwegen und Schweden über ihre Erfahrungen, und schließlich kam es auch deutscherseits zu einer Arbeitsgruppe „Volk und Verteidigung", die jedoch in keiner Weise organisiert ist.

Ihr gehören Vertreter der politischen Parteien, Gewerkschaftler und Arbeitgeber, Vertreter der Kirchen, Soldaten, Publizisten, schließlich Vertreter und Beobachter einiger großer Verbände und Organisationen an. Nach einigen Vorbesprechungen kam es zu Tagungen in Hamburg und Bad Boll, denen SPD-Bundestagsabgeordnete dann jedoch fernblieben. Man hörte in der Folgezeit viel Widersprüchliches über „Volk und Verteidigung" und konnte u. a. von der Auffassung lesen, die Organisation solle gewissermaßen als Motor vor die „Wehrpropaganda" der Bundesregierung gestellt werden. Eine Auffassung, die von der anderen Seite mit der Feststellung abgelehnt wurde, nichts sei falscher als das. „Volk und Verteidigung" hätte keine propagandistischen Aufgaben, könnte in der Bundesrepublik nur die Plattform haben, die sich aus den gemeinsam begriffenen Ansichten und Absichten aller Beteiligten zusammenfügt. Niemand soll zu etwas bekehrt werden, was er mit seiner Überzeugung oder den Grundsätzen seiner Partei oder seines Verbandes für unvereinbar hält. Von dieser Seite wurde auch erklärt, daß über die zweckmäßigste Form des deutschen Wehrbeitrags (Wehrpflicht, Miliz usw.), die Frage der atomaren Bewaffnung, Probleme der Führung und Ausbildung auch in Zukunft außerhalb der Organisation „Volk und Verteidigung" heftig gestritten werden wird. Voraussetzung für das Zustandekommen von „Volk und Verteidigung" in der Bundesrepublik sei einzig die Bejahung des Grundsatzes der Landesverteidigung oder, wie es ein Teilnehmer der Tagung in Bad Boll formuliert hat, der nationalen Selbstbehauptung. „Es ist sicher nicht überall leicht, die Rechte jenes „Ohne mich!" oder „Ohne uns!" über Bord zu werfen und die liebgewordene Vorstellung aufzugeben, es sei möglich, das unangenehme Geschäft der Landesverteidigung jenen Leuten zu überlassen, die aus unerfindlichen Gründen an so etwas „Spaß haben" ...

Jedem dürfte klar sein, welcher unendlich weite Weg in Deutschland noch zurückzulegen ist, wenn das skandinavische Vorbild bei uns Schule machen soll. Die Verhältnisse sind zu grundverschieden. Unser Land ist geteilt, von einer gemeinsamen Außen- und Wehrpolitik der beiden großen politischen Mächtegruppen in der Bundesrepublik ist keine Rede und entscheidende Grundsatzfragen werden von der Linken und Rechten völlig verschieden beurteilt.

Dennoch: Die in diesen Ausführungen eingangs erwähnte positive Entschließung der SPD zur Landesverteidigung kann einen Weg zur Verständigung bilden, wenn auf allen Seiten genügend guter Wille, Verantwortungsgefühl und Einsicht vorherrschend sind. Schließlich bildet diese Partei die politische Vertretung der Massen, die noch immer die Hauptlast zu tragen hatten, wenn es um die Existenz unseres Landes ging. —

Warum das vorstehende Thema in der „Freiheitsfackel" behandelt wird? Nun, weil die Dinge weitergetrieben werden müssen, in ihren Anfängen nicht steckenbleiben dürfen!

Unser „Freiheitsbund" betrachtet es bekanntlich als seine Hauptaufgabe dafür zu sorgen, daß die Ewig-Gestrigen in Deutschland nicht wieder das Heft in die Hand bekommen, um in neuen Stahlgewittern einen dritten Weltkrieg zu verlieren, mit angemessener Pensionsberechtigung, versteht sich. Die Kameraden des Freiheitsbundes glaubten auch, wie in alten Reichsbannertagen, am besten mit den Moskauhörigen fertig zu werden, gegen deren ewige — be-

fohlene — Schaukelpolitik sie als alte „Sozialfaschisten" genügend immun sind.

Das schließt in sich, daß der F. B. sich auch einschalten muß, wenn es um die zukünftige Landesverteidigung Deutschlands geht, die wir im Sinne des Stuttgarter Bundestagsbeschlusses der SPD bejahen. Wir wollen nicht wieder eine Ausschaltung demokratischer Männer aus der Wehrmacht wie Anno 1919 und dann die Reichswehr als Staat im Staate, wie unter v. Seeckt. Ebensowenig wollen wir, wie es bereits geschehen ist, die Teilnahme von Bundeswehroffizieren an Begrüßungsfeiern für in Nürnberg verurteilte Nazigrößen, und vor Gericht Zeugenaussagen von Bundeswehrvertretern, daß Kriegsverbrecher tadellose Offiziere waren. „Die bewaffneten Kräfte müssen ein Bestandteil unserer demokratischen Ordnung sein. Deshalb muß ein Vertrauensverhältnis zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes bestehen." Um dies zu erreichen genügt es nicht, nur örtlich gebundene Verbindungen mit der Wehrmacht anzuknüpfen und zu pflegen, wie es durch die SPD-Koblenz geschieht („Freiheitsfackel" Nr. 16), und sonst durch weitere Nichtteilnahme an gewiß schwierigen Verhandlungen Soldaten keine Gelegenheit zu geben, die „andere Seite" und ihre Argumente genügend kennenzulernen — sie damit dem Schicksal zu überlassen, Verständnis für ihre Berufsarbeit nur bei den „Heldenbrüsten" zu finden.

Wenn es in Deutschland aus diesen oder jenen Gründen nicht möglich ist, eine Organisation „Volk und Verteidigung" zu bilden wie in den skandinavischen Staaten, so ist es ein Gebot der Stunde, etwas Ähnliches zu bilden, ganz gleich — unter welchem Namen.

Die Nazis auf der West-Seite

Pensions- und „Entschädigungs"-Empfänger

(Fortsetzung)

Alexander ANDRAE	General a. D., Kriegsverbrecher; gefährlicher rechtsradikaler Agitator nach 1945; zeitweilig „Direktoriumsmitglied" der **DRP**; zeitweilig Mitarbeiter der ostfinanzierten „NATIONALEN RUNDSCHAU"	erhält Generalspension nach Gesetz 131
Dr. Otto BRÄUTIGAM	im Zusammenhang mit ROSENBERG'S „Ostministerium" an der „Endlösung" der Judenfrage beteiligt. Nach 1945 Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik; beurlaubt	inzwischen rehabilitiert
Rudolf ENKHAUS	ehem. NS-Oberstabsrichter; belastet im Verlauf des SCHÖRNER-Prozeß	heute Landgerichtsrat in Bückeburg
Gernd FISCHER-SCHWEDER	ehem. NS-Polizeidirektor von Memel; SS-Oberführer; berüchtigter Terrorist; tauchte als „Lagerleiter" im Flüchtlingslager „Wilhelmsburg" unter; führte dort KZ-Methoden ein. Nach Entlassung bewarb er sich für den Polizeidienst in Baden-Württemberg; **ihm wurde von Regierungsseite Unterbringung in Industrie versprochen**	
Witwe von Reinhard HEYDRICH	ehem. **SS**-Obergruppenführer; 1931–1934 Chef des **„Sicherheitsdienstes"** (SD); 1934–1939 Chef der **Sicherheitspolizei** und des SD; 1939 bis 1942 Chef des **„Reichssicherheitshauptamtes"** und der **Gestapo**; ab September 1941 auch **„Reichsprotektor von Böhmen und Mähren"**; hat direkte Anteilnahme an tausenden Morden	erhält seit 1950 hohe Versorgungsrente, obwohl sie eine gutgehende Pension auf der Insel Fehmarn besitzt

Dr. HÜLLE	ehem. NS-Ministerialrat, Oberst-Richter; belastet im Verlaufe des SCHÖRNER-Prozesses; Verdacht der Mitwirkung an „Führer"-Befehlen zum Massenterror.	heute Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg
PAUL KÖRNER	seit Dezember 1931 in **SS**; schon damals Adjutant und Mitarbeiter GÖRING'S; seit April 1933 SS-Oberführer, 1942 Obergruppenführer; seit 1933 Staatssekretär und Stellvertreter GÖRING's (Vierjahresplan); wegen vielfacher Verbrechen in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt; seit 1951 in Freiheit	erhält zwischen 1500,– und 2000,– DM monatlich Pension
JUNKER	ehem. NS-Oberbürgermeister in Hanau	erhielt Pensionbewilligung und 40 000,– DM „Nachzahlung"
Hans Heinrich LAMMERS	NS-Reichsminister; Chef der Reichskanzlei des „Führers" von 1933 bis 1945; brachte es bis zum SS-Obergruppenführer „ehrenhalber"; in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt; 1951 entlassen	hat jetzt berechtigte Aussicht, große, ihm wegen „vorbildlicher NS-Treue" geschenkte Vermögenswerte zurückzuerhalten. Bezieht wahrscheinlich Pension
Max LEMKE	Generalmajor a. D., Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen und Bremen der **„Gemeinschaft der Ritterkreuzträger"**; Vertreter der Fa. A. Nattermann und Cie., Köln	erhält Generalspension
Jochen PEIPER	ehem. SS-Standartenführer und Oberst der Waffen-SS; im Malmedy-Prozeß zum Tode verurteilt, zu lebenslänglich begnadigt; Ende 1956 entlassen	erhielt 6000,– DM „Heimkehrerentschädigung" und ab Januar 1957 gutbezahlte Stellung bei den **Porsche-Werken**
Dr. Hermann POOK	ehem. SS-Obersturmbannführer, „Chefzahnarzt" der SS; wird beschuldigt, „Initiator" der Goldzahnverwertung ermordeter Juden zu sein; wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 10 Jahren Haft verurteilt, längst entlassen	wurde als Zahnarzt in Berlin wieder zugelassen; ob öffentliche Unterstützung erhalten, noch ungeklärt
Dr. med. Helmuth POPPENDIECK	ehem. leitender Arzt im **„SS-Rasse- und Siedlungshauptamt"**, Chef des persönlichen Büro im Stabe des Reichsarztes der SS und vielfachen Mörder Karl BRANDT; SS-Oberführer; gemeinsam mit der SS-Ärztin Dr. OBERHÄUSER und anderen zu 10 Jahren Haft verurteilt. (Prof. Eugen KOGON schildert auf den Seiten 176, 184/85 und 258 seines Buches „SS-S t a a t" seine Beteiligung an den Naziverbrechen)	hat heute Arzt-Praxis in Oldenburg und wurde 1957 auch als Kassenarzt zugelassen, obwohl andere Ärzte schon länger warten. Erhielt über die zuständige Stelle des Verwaltungspräsidenten in Oldenburg „Heimkehrerentschädigung"
REINEFARTH	ehem. SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei; wird von Prof. THIEME von der Universität Freiburg i. Br. und von der polnischen Regierung beschuldigt, maßgeblich beteiligt gewesen zu sein an den Massenmorden im **Warschauer Ghetto 1944**	heute Bürgermeister im mondänen Nordseebad Westerland auf Sylt
Dr. Helmut STELLRECHT	ehem. Beauftragter für die „weltanschauliche Schulung im Amt Alfred ROSENBERG's; vielfacher Nazischriftsteller; SS-Obersturmbannführer; Pg. seit etwa 1922; Stellvertreter Rosenbergs	berief sich jetzt auf seine „Immunität" als „Reichstagsabgeordneter" der NSDAP; verlangt 90 000,– DM „Lastenausgleich" für ein 1945 verbranntes Manuskript eines Nazibuches „Lebensgestaltung", gestaltet jetzt sein Wirtschaftswunderleben als Textilkaufmann in Bad Boll
SCHRANZ	ehem. NS-Oberbürgermeister und NSDAP-Kreisleiter in Offenbach (Main)	heute „Ehrenvorsitzender" der **Deutschen Partei** in Hessen

Karl WAHL	ehem. NS-Gauleiter in Schwaben, erhielt während des Dritten Reiches als Belohnung für „besondere Verdienste um den Nationalsozialismus" ein großes Grundstück als Geschenk	erhielt für dieses „Geschenk" 12 000,– DM Abfindung gerichtlich zugesprochen. Außerdem etwa 6000,– DM Anwalts- und Gerichtskosten
Otto ANDRES	ehem. „Stellvertretender Gauleiter" der NSDAP in Danzig, Haft in Polen	wurde nach Entlassung Titel und Pension als Landrat wieder zugesprochen
Willi ARTSCHWAGER	ehem. Angehöriger von SS-„Einsatzgruppen" (Mordkommandos)	später wieder **Kriminalbeamter,** verübte im Zusammenhang mit dem „Einsatzgruppen"-Prozeß" Ulm Selbstmord
Otto BICKENBACH	ehem. Professor, Internist in Straßburg, Mordarzt in den K. L. Natzweiler und Stuthof, später in Lyon zu 20 Jahren Haft verurteilt. (Siehe Prof. Eugen KOGON „Der SS-Staat", S. 190)	**Heute Praxis in Siegburg**
Dr. H. D. ELLENBECK	ehem. Lagerarzt in Buchenwald, von Prof. Eugen KOGON bereits 1946 beschuldigt, an Menschenversuchen (Gelbfieber, Diphtherie, Pocken, Kampfgiftstoffen usw.) beteiligt gewesen zu sein („SS-Staat", S. 188/89); ehem. SS-Sturmbannführer	**heute gutgehende Arztpraxis in Hilden bei Düsseldorf**
Paul GERBER	ehem. beteiligt an SS-„Einsatzgruppen" (Mordkommandos)	später **Stadtdirektor** in **Gelsenkirchen,** erhängte sich 1957 im Zusammenhang mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß
Witwe von Reinhard HEYDRICH	(siehe „FdD" 9 A) Landessozialgericht von Schleswig-Holstein hat jetzt endgültig, ohne Berufungsmöglichkeit, Versorgungsrente von rund 1000,– DM rückwirkend anerkannt	**„Ihre gutgehende Fremdenpension auf der Insel Fehmarn gilt als Treffpunkt der Frauen früherer höherer SS-Führer"** (SPD-Pressedienst)
Hans HINKEL	ehem. Abteilungsleiter im Goebbelsministerium (seit 1933), Ministerialdirektor, Leiter des Judensonderdezernats, Vizepräsident der Reichskulturkammer; ehem. SS-Oberführer	Bezieht heute in Göttingen **Pension** als **Oberregierungsrat a. D.**
Dr. Reinhard HÖHN	ehem. Professor, SS-Brigadeführer, Generalleutnant der Waffen-SS, Beziehungen zu HEYDRICH, lobte die Gestapo, nicht entnazifiziert	heute nach Pressemeldungen Geschäftsführer der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft; soll auch versucht haben, engere Beziehungen zur SPD anzuknüpfen; die Berliner Spruchkammer verurteilte ihn jetzt zu 12 000,– DM Buße
Dr. Johannes KROHN	ehem. Staatssekretär im NS-Reichsarbeitsministerium, seit 1941 im NS-Reichsjustizministerium	erhält nach Gesetz 131 **Pension als Staatssekretär in Höhe von monatlich 2700,– DM**
Hermann KRUMEY	ehem. SS-Obersturmbannführer, ausgebildet K. L. Dachau, Mitarbeiter und Stellvertreter des berüchtigten SS-Obergruppenführers Adolf **Eichmann,** verdächtigt, für Mord von 88 Kindern in Lidice (Tschechoslowakei) verantwortlich zu sein	erhielt nach 1945 Kredit in Höhe von 12 000,– DM, Drogerieinhaber, **BHE-Kreistagsabgeordneter,** 1957 nach kurzer Haft wieder freigelassen; im August 1958 erneut verhaftet
Werner LORENZ	ehem. SS-Obergruppenführer, General der Polizei, Leiter des „SS-Hauptamtes volksdeutsche Mittelstelle", bereits 1931 SS-Oberführer im Stabe **Himmlers**	lebt ohne entnazifiziert zu sein in Düsseldorf, es gelang ihm 1952 21 400,– DM seines Nazivermögens aus Berlin herauszubringen; ihm werden enge Beziehungen zum Verleger Axel **Springer** in Hamburg nachgesagt; wurde in Berlin zu 50 000,– DM Buße verurteilt

Heinz REINEFARTH	(siehe „FdD", 9 A) Neuerdings wurde noch bekannt, daß R. den Vorschlag machte, dem berüchtigten Massenmörder und Banditen, dem Waffen-SS-General **Dirlanger,** das „Ritterkreuz" zu verleihen (für Massenmord in Warschau)	Bürgermeister in Westerland auf Sylt; **der BHE Schleswig-Holstein stellte ihn trotzdem an dritter Stelle auf der Landesliste zu den Landtagswahlen auf; der Bundesvorsitzende des BHE, Frank SEIBOTH, stellte sich ausdrücklich hinter Reinefarth**
Kurt ROTHENBERGER	ehem. NS-Staatssekretär im Reichsjustizministerium	**erhält Pension als Oberlandesgerichtspräsident a. D. in Höhe von rund 1300,– DM monatlich**
Edwin SAKUTH	ehem. SS-Hauptsturmführer, Angeklagter im Ulmer Mordgruppenprozeß	erhielt nach 1945 wieder **einen Posten in einem Landratsamt der Bundesrepublik**
Walther SCHRÖDER	(siehe „FdD" VII/9) gehörte auch der „Allgemeinen SS" an und war von 1941 bis 1944 SS- und Polizeiführer in Lettland	
Günther SCHULZE-FIELITZ	ehem. NS-Staatssekretär, seit 1933 Mitarbeiter von **Todt**	erhielt Pension nach Gesetz 13 als Ministerialdirigent zugesprochen; Pension wurde bisher nur deshalb nicht ausgezahlt, **weil seine Bezüge in der Wirtschaft (Hochtief-AG) zu hoch** sind
Dr. Erich WAGNER	ehem. SS-Untersturmführer, KZ-Arzt in Buchenwald; Truppenarzt der Waffen-SS (siehe Prof. KOGON „Der SS-Staat", S. 141/161)	**hatte bis zu seiner Verhaftung im August 1958 Arzt-Praxis in Lahr (Baden)**

Quellenangabe: „Feinde der Demokratie", herausgegeben vom Landesbezirksvorstand Niedersachsen des DGB, Jahrgang VII/Nr. 9 A/B.

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.